

Europäische Integration und Erwachsenenbildung

Wolfgang Sander

„Durch diesen Vertrag gründen die Hohen Vertragsparteien untereinander eine Europäische Union ...“. Mit diesen Worten beginnt der erste Artikel des Vertrages über die Europäische Union, der als „Maastrichter Vertrag“ derzeit in der Öffentlichkeit diskutiert wird.

Die teils skeptische, teils ausgesprochen irritierte Reaktion vieler Bürgerinnen und Bürger auf dieses Vertragswerk und die Überraschung der politischen Akteure über diese Reaktion haben nur zu deutlich gezeigt, daß es in der Europapolitik eine Kluft gibt zwischen dem tatsächlichen Stand der europäischen Integration und der Verarbeitung dieser Integration im Bewußtsein weiter Kreise der Bevölkerung. Diese Kluft gründet nicht nur, wahrscheinlich nicht einmal in erster Linie auf reflektierte Kritik am Maastrichter Vertrag – wiewohl solche Kritik mit guten Gründen vorgetragen werden kann und in Wissenschaft und Politik auch vorgetragen wird. Die erwähnte Kluft ist jedoch sehr viel mehr Ausdruck eines „time-lag“, einer Ungleichzeitigkeit in der Verarbeitung von sozialen Veränderungsprozessen: Die europäische Integration ist längst sehr viel weiter vorangeschritten als von vielen Bürgerinnen und Bürgern bewußt wahrgenommen wurde. Wer weiß schon, daß die „Europa-Währung“ ECU längst – genauer gesagt seit 1979 – existiert, wenn auch nicht als Münze und Banknote, daß Geldanlagen in ECU möglich sind, daß ihr Wert täglich bei den Devisenkursen im Wirtschaftsteil der Tageszeitungen nachzulesen ist und daß über die Weiterentwicklung des europäischen Währungssystems zur Währungsunion über viele Jahre verhandelt wurde? Wer weiß schon, daß eine verbindliche, nationalem Recht übergeordnete europäische Gesetzgebung keine Zukunftsvision des Maastrichter Vertrages, sondern längst alltägliche Realität ist? Oder, um ein letztes Beispiel zu nennen, wem ist bewußt, daß das Ziel eines gemeinsamen Binnenmarktes bereits im EWG-Vertrag von 1957 festgeschrieben ist? Erfahrungen in Kursen und Seminaren zeigen regelmäßig, daß solche – und andere – elementaren Informationen zur Europapolitik bei den Teilnehmerinnen und Teilnehmern vielfach auf einigiges Erstaunen stoßen.

Tatsächlich ist die Europäisierung von Wirtschaft, Gesellschaft, Kultur und Politik in

der Europäischen Gemeinschaft bereits weit vorangeschritten. Längst sind die Mitgliedsstaaten der EG keine souveränen Nationalstaaten im Sinne des 19. Jahrhunderts mehr. Die Europäische Gemeinschaft hat sich schon heute – neben Kommunal-, Landes- und Bundespolitik – als vierte Ebene von Politik etabliert. Europapolitik wird immer mehr zu Innenpolitik. Ökonomisch wäre eine Entflechtung der westeuropäischen Volkswirtschaften wohl nur noch gewaltsam denkbar, mit katastrophalen Folgen gerade auch für die Bundesrepublik Deutschland. Die Alltagskultur besonders der Jugendlichen in Westeuropa hat sich sehr weitgehend angeglichen: Unterschiede in Werthaltungen, Einstellungen, Lebensvorstellungen, Kleidung, Freizeitverhalten gibt es kaum noch.

Die Vorteile des bisherigen Integrationsprozesses sind freilich zum großen Teil bereits konsumiert, sie sind zum selbstverständlichen, in seiner europapolitischen Dimension kaum mehr erkannten Bestandteil des Alltags geworden: Daß wir jederzeit ohne Paß und Visum in Westeuropa reisen können, daß ca. 240000 Deutsche in anderen EG-Ländern leben, daß rund zwei Drittel der deutschen Exporte in den westeuropäischen Markt gehen, daß wir umgekehrt täglich ein breites Waren- und Dienstleistungsangebot europäischer Anbieter nutzen können und, nicht zuletzt, daß wir seit 1945 in Westeuropa in Frieden leben – diese nur scheinbar selbstverständlichen Vorzüge unseres Lebensstils werden vielfach kaum noch als Resultate der europäischen Integrationspolitik wahrgenommen.

Aus einer zeitgeschichtlichen Perspektive betrachtet stehen die Vollendung des EG-Binnenmarktes und der Vertrag über die Europäische Union in einer 40-jährigen Kontinuität, wie der Beitrag von Claus *Schöndube* noch einmal zeigt. Beide Schritte haben zwar erheblich zur Dynamisierung des Integrationsprozesses in der EG beigetragen; sie verfolgen aber keine prinzipiell neuen Ziele, die über das, was in der Europapolitik seit 1945 immer wieder diskutiert wurde, hinausgehen. Gleichwohl steht die Europäische Gemeinschaft mit der Diskussion um den Maastrichter Vertrag – wieder einmal – an einem Wendepunkt ihrer Geschichte. In den neunziger Jahren dürfte es sich entscheiden, ob der EG – mit „Maastricht“ oder in einer anderen Form – der Durchbruch zur Europäischen Union gelingt oder ob das historische Projekt einer politischen Einigung Europas scheitert, mit dann unabsehbaren Konsequenzen. Reimund *Seidelmann* zeigt in seinem Beitrag, daß diese Frage auch für die Zukunft Osteuropas von elementarem Interesse ist.

Das Bildungssystem im allgemeinen und die Erwachsenenbildung im besonderen sind von der dynamischen Entwicklung der europäischen Integrationspolitik mindestens in zweifacher Hinsicht betroffen. Zum einen bleibt, wie Wolfgang *Mickel* und Ernst *Piehl* aus unterschiedlichen Perspektiven darlegen, die europäische Integration nicht ohne Konsequenzen für die nationale und die sich entwickelnde europäische Bildungspolitik. Zum anderen wird sich das Bildungswesen fragen lassen müssen, wie es in den Lerninhalten, die in Schule und außerschulischer Bildung vermittelt werden, mit der europäischen Dimension umgeht. Otto *Schmuck* konstatiert angesichts von deutlichen Wissensdefiziten in der Bevölkerung erwachsenenpädagogischen Handlungsbedarf; Bernd *Janssen* fragt kritisch nach auch in der Erwachsenenbildung verbreiteten Mythen einer vorgeblich europäischen Bildung, hinter denen sich bei genauerem Hinsehen nur wenig an genuin europabezogener Substanz verbirgt. Trotz positiver Ansätze und erprobter Praxisbeispiele, über die

Detlef *Oppermann*, Hartmut *Boger*, Matthias von *Radow*, Bruno *Bengel*, Lothar *Arabin* und Volker *Borbein* berichten, läßt sich ein europapolitisches Defizit der Erwachsenenbildung kaum bestreiten. Von Ausnahmen abgesehen, sind die Volkshochschulen, aber auch andere Einrichtungen der Erwachsenenbildung, noch weit davon entfernt, europapolitischen Fragestellungen in ihrem Angebot den Stellenwert zu geben, der der Dynamik des Europäisierungsprozesses in der gesellschaftlichen Realität entspricht.

Damit soll nicht gesagt werden, daß die Erwachsenenbildung durch eine Werbekampagne für den Binnenmarkt oder den Maastrichter Vertrag Legitimationsdefizite der Europapolitik auszugleichen hätte. Bildung will Information und eigene Urteilsbildung ermöglichen, sie ist ohne kritische Reflexion nicht denkbar. Erwachsenenbildung ist also kein Propagandainstrument für die EG – wohl aber kann und muß sie Ressentiments, die aus Informationsdefiziten und Vorurteilen erwachsen, durch Aufklärung entgegenwirken.

Wenn sich 60% der Deutschen über die EG schlecht oder sehr schlecht informiert fühlen (vergleiche den Beitrag von Otto *Schmuck*), dann liegt im Ausgleich dieses Defizits eine erste, dringliche Aufgabe der Erwachsenenbildung. Konkret heißt dies zunächst, daß Volkshochschulen und andere Anbieter *kontinuierlich*, in *jedem* Semester, im Rahmen der politischen Bildung Veranstaltungen zu europäischen Themen anbieten sollten. Es heißt ferner, daß eine selbstkritische Prüfung aller Angebotsbereiche unter der Fragestellung erfolgen sollte, ob sich die Europäisierungsprozesse angemessen im Angebot abbilden, ob also beispielsweise Seminare zu ökologischen Themen die europäische Umweltpolitik behandeln, ob in der Gesundheitsbildung europäische Aspekte des Verbraucherschutzes vorkommen oder ob in der fremdsprachlichen Bildung eine traditionalistische Landeskunde überlebt hat.

Darüber hinaus könnte die Erwachsenenbildung ein Ort sein, an dem die dringend erforderliche öffentliche Debatte über die künftige politische Ordnung der Europäischen Union angestoßen und geführt wird. Die Konturen des postnationalen Europa sind längst noch nicht in allen Einzelheiten erkennbar, auch nicht im Maastrichter Vertrag. Insofern ist der europäische Integrationsprozeß noch offen, und das heißt auch: beeinflussbar. Die Debatte über eine künftige Verfassung in der europäischen Union ist über kleine Expertengruppen noch nicht hinausgelangt – müßte es nicht eine Aufgabe der Erwachsenenbildung sein, diese Debatte zu ihrer Angelegenheit zu machen und sie so zu einem breiten demokratischen Dialog weiterzuentwickeln?